

Aus: **Ausgabe vom 01.09.2017**, Seite 9 / Kapital & Arbeit

# Vier gegen einen

## Neoliberale »Wirtschaftsweise« sprechen ihrem Kollegen Kompetenz ab, weil der gegen Banken, Energie- und Autokonzerne austeilt

Von Simon Zeise



Fröhlich drein schauen die »Sachverständigen« Lars Feld, Isabel Schnabel, Christoph Schmidt und Volker Wieland (von links nach rechts). Peter Bofinger (hinten) scheint sich unwohl zu fühlen

Foto: Arne Dedert/dpa

Es ist kein geselliges Miteinander. Im »Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung«, das sind die sogenannten Wirtschaftsweisen, wird der Ton rauher. Peter Bofinger hatte in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS)* am 13. August Autolobby, Energiekonzerne und Pleitebanken gerügt und für eine Ausweitung staatlicher Industriepolitik plädiert. Zuviel für seine »Kollegen«. Sie holten die Keule raus und schlugen eine Woche später im gleichen Blatt mit neoliberalen Argumenten zurück. »Die deutsche Wirtschaft steht so gut da wegen und nicht trotz ihres marktwirtschaftlichen Ansatzes«, schrieben die Damen und Herren Professoren. Entgegen

der Annahme Bofingers seien Regierungen nicht besser als Unternehmen im Bilde, »was die richtigen Produkte und Verfahren der Zukunft« seien. Dies sei eine Fehleinschätzung, »die nicht dadurch besser wird, dass man sie zuweilen wiederholt«. Auch wenn »Laien« häufig »die Liebe von Ökonomen zum Markt mit einer Liebe zu einzelnen Marktakteuren« verwechselten, so hätte das einem »Profi« wie Bofinger nicht passieren sollen.

Die Debatte kam ins Rollen. Heiner Flassbeck, 1999 Staatssekretär im Finanzministerium unter Minister Oskar Lafontaine (damals SPD) und danach lange Jahre Chefvolkswirt bei der Abteilung für Handel und wirtschaftliche Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD), fragte am 23. August auf *makroskop.eu*: »Die Liebe der Ökonomen! Bisher kannten wir die Liebe der Matrosen, aber wen oder was sollte ein Ökonom lieben?« Wer verliebt sei, könne nicht unvoreingenommen sein, so Flassbeck. »Wir haben es hier offensichtlich nicht mit Sozialwissenschaftlern zu tun, die mit wissenschaftlichen Methoden versuchen, die Welt angemessen zu deuten, sondern mit Verliebten, die ihre Gefühle nicht bändigen können und deswegen immer zum gleichen Ergebnis kommen, nämlich dem, dass der Markt immer recht hat.«

Der Sachverständigenrat wird als beratendes Gremium von der Bundesregierung zusammengesetzt und formal vom Bundespräsidenten abgesegnet. Es ist Tradition, dass Unternehmerverbände und Gewerkschaften jeweils einen Kandidaten nominieren. Die übrigen drei werden von der Regierung berufen. Bofinger wurde von den Gewerkschaften vorgeschlagen. In den vergangenen Jahresgutachten wich er in den meisten Punkten von der Meinung der anderen vier ab; erstellte Sondervoten zu deren wirtschaftspolitischen Empfehlungen. In seinem Beitrag für die *FAS* hinterfragt er die Allmacht des Marktes. Der Ausbruch der Finanzkrise 2007 habe vor Augen geführt: »Die bis dahin als besonders kompetent eingeschätzten Akteure des Finanzsystems waren unfähig, die Risiken zu entdecken, die sich in den Jahren des globalen Booms aufgebaut hatten.« Scheinbar sichere US-amerikanische Anleihen hätten sie »wie blind« erworben, »im Vertrauen darauf, dass sie von Ratingagenturen für gut befunden worden waren«. Keiner der hochbezahlten Manager sei auf die Idee gekommen, selbst für die Qualitätskontrolle seiner Bankguthaben verantwortlich zu sein. Ähnlich sei es mit dem Atomausstieg gelaufen. »Die erneuerbaren Energien galten als Hobby von Birkenstock-Sandalen tragenden Spinnern«, schreibt Bofinger. »So verpasste man es, sich rechtzeitig auf diesen Technologiewandel einzulassen, obwohl sich für Investitionen in erneuerbare Energien über Jahre hinweg ebenso hohe und sichere Renditen erzielen ließen.« Die deutsche Automobilindustrie mit ihren Problemen mit dem Dieselmotor sei nun der dritte Kernbereich der deutschen Wirtschaft, bei dem man sich fragen müsse, »ob das ordnungspolitische Vertrauen in die ›kreativen Kräfte des Wettbewerbs‹ noch berechtigt ist«.

Die *FAS* würgte die Diskussion am vergangenen Sonntag ab. Das »wirre Zeug« des Gewerkschaftsvertreters dürfe nicht »mit Pauken und Trompeten« verbreitet werden, weil sonst die Bürger davon ausgehen müssten, »dass viele Ökonomen so denken«. Und überhaupt ende Bofingers Amtszeit voraussichtlich 2019. Als Nachfolger wäre doch Marcel Fratzscher gut geeignet, heißt es im Blatt. Der leitet das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und saß der Fratzscher-Kommission vor, die für die Bundesregierung die Autobahnprivatisierung ausgeheckt hat – gleich und gleich gesellt sich gern.